

Forderungen, die sich in völliger Übereinstimmung mit den Prinzipien des Potsdamer Abkommens, der Menschenrechtsdeklarationen der UNO, den demokratischen Proklamationen der Bonner Verfassung und Verfassungen westdeutscher Länder befinden, immer offensichtlicher an die engen Schranken der spätkapitalistischen Gesellschaftsordnung. Der zunehmenden Verschärfung des Widerspruchs zwischen der Allmacht der herrschenden Minderheit und der Rechtlosigkeit des Volkes liegen tiefe gesellschaftliche Ursachen zugrunde.

Zum *ersten* sind es die restaurierten kapitalistischen Besitz- und Machtverhältnisse, ist es die immer engere Verschmelzung der Macht der Monopole mit der Staatsmacht, denen die noch verbliebenen Reste der bürgerlich-parlamentarischen Grundrechte des Volkes, die Rechte der Länder und Gemeinden im Wege stehen.

Zum *zweiten* ist es die Politik der Regierung in Bonn, die die nach dem Konzept von Strauß entwickelte imperialistische „Neuordnung Europas“ mit allen Mitteln durchzusetzen sucht. Dieses revanchistische Streben nach Machtausdehnung und Vorherrschaft in Europa, nach Überwindung des Status quo, die Feindschaft gegen die DDR und die maßlose Aufrüstung stehen in krassem Widerspruch zu den friedlichen Interessen der Bevölkerung der Bundesrepublik und sind unweigerlich verbunden mit verschärfter Reaktion nach innen. Mit der Notstandsverfassung und der Militarisierung des öffentlichen Lebens soll eine innenpolitische Friedhofsruhe geschaffen werden, die den Rücken für die aggressive Außenpolitik frei macht.

Der tiefe Konflikt zwischen den Interessen des Volkes und der Machtausübung des Großkapitals wird zugespitzt durch die von der wissenschaftlich-technischen Revolution auf die Tagesordnung gesetzten ökonomischen und sozialen Probleme. Die daraus resultierende zunehmende Verletzung der Grundrechte der Bürger der Bundesrepublik beweist, daß das imperialistische System unfähig ist, die gesellschaftlichen Widersprüche demokratisch zu lösen.

Was ist dringender denn je geboten? Notwendig ist der Zusammenschluß aller Demokraten, Antifaschisten und Sozialisten zu einer geeinten Kraft, die in der Lage ist, in der Bundesrepublik eine politische Wende in Richtung auf demokratischen Fortschritt herbeizuführen. Alle Erfahrungen lehren, daß das werktätige Volk der Bundesrepublik nur so viele Rechte besitzen wird, wie es sich selber erkämpft. Dazu hat die westdeutsche Bevölkerung ihre Verfassung und das Völkerrecht auf ihrer Seite. Die Verwirklichung der Volkssouveränität impliziert das Recht, gegen die Anmaßung einer Minderheit vorzugehen, die ihre Regierungsgewalt dazu ausnutzt, eine verfassungswidrige, den elementaren Volksinteressen zuwiderlaufende Politik zu betreiben.

Wir sagen das als Bürger eines Staates, in dem Sozialisten und Christen, Arbeiter, Bauern, Wissenschaftler und humanistische Kräfte des Bürgertums durch einheitliches Handeln die Lehre aus der Geschichte gezogen haben, daß Deutschland als imperialistischer Staat keine Zukunft hat.

Wir sagen das als Bürger eines Staates, in dem durch das Volkseigentum an den Produktionsmitteln und durch die politische Macht der Werktätigen die Grundrechte des Volkes ein sicheres und festes Fundament besitzen.

Wir stellen das als Bürger eines Staates fest, in dem durch das Bündnis der antifaschistisch-demokratischen Kräfte unter Führung der Arbeiterklasse bereits in der ersten Phase seiner Entwicklung Militarismus und Nazismus mit der Wurzel beseitigt wurden. Durch grundlegende gesellschaftliche Umwälzungen und Reformen wurde die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abgeschafft, damit wurden für das werktätige Volk demokratische Rechte und Freiheiten gewährleistet, die kein kapitalistischer Staat kennt.